

Die Schweiz AG: der Staat als grösster Abzocker



Von Nationalrat Hans Kaufmann
Wirtschaftsberater, Wettswil

Die Jahresberichte 2005 fast aller börsenkotierten Unternehmen liegen vor. Die 120 grössten der insgesamt 225 gelisteten Gesellschaften repräsentieren 98,5% des Gesamtwerts der Schweizer Börse von derzeit rund 1280 Mrd. Franken. Die Umsätze dieser 120 Unternehmen (Banken: Bruttoerträge; Versicherungen: Nettoprämien und Kapitalerträge) legten 2005 um 12% auf 750 Mrd. Franken zu. Die Gewinne stiegen um 26% auf 65 Mrd. und übertrafen damit erstmals wieder das bisherige Rekordergebnis des «New-Economy»-Jahres 2000, als sie rund 61 Mrd. betrug. Bezogen auf das eingesetzte Eigenkapital (Ende 2005: 463 Mrd. Franken) entspricht dies einer Rendite von 15 bis 16%.

Mehr Personal, gute Löhne

Rund 75 bis 80% der mehr als 1,33 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten im Ausland. Bezogen auf die gesamten Personalkosten von 147 Mrd. Franken, errechnet sich ein Durchschnittslohn inkl. Sozialkosten von rund 110'000 Franken. Im Vergleich zu 2004 haben die Arbeitsplätze

der Schweizer Konzerne um fast 70'000 bzw. 5,4% zugenommen, wobei es sich mehrheitlich um Einstellungen handeln dürfte, da sich Unternehmensverkäufe und Akquisitionen in etwa die Waage hielten. Die Personalkosten wuchsen in der gleichen Zeit um rund 8% bzw. 11 Mrd. Franken. Im gleichen Ausmass angestiegen sind auch die Gehälter und Bonifikationen der Manager und Verwaltungsräte. Sie legten um 119 Mio. auf 1,6 Mrd. Franken zu. Im Vergleich zur gesamten Lohnsumme der 120 grössten Schweizer Konzerne entsprechen die Spitzenentlöhningen somit gut 1%. Dieser Betrag ist dennoch eindrücklich, denn wenn man pro Unternehmen von 10 bis 20 Spitzenleuten ausgeht, dann errechnet sich ein Pro-Kopf-Betrag von 600'000 bis 1,2 Mio. Franken. Im Vergleich zum Reingewinn und den Dividendenausschüttungen machen die Spitzenaläre 2,5 bzw. 7,3% aus.

Saläre sind Sache der Aktionäre, nicht des Staates

Seit Transparenzvorschriften die kotierten Unternehmen zur Offenlegung der Saläre und Vergütungen an die Geschäftsleitungen und die Verwaltungsräte verpflichten, findet nun jedes Jahr das Ritual der Kritik an den Spitzenverdienern statt. Zweifellos kann man über die Höhe einzelner Spitzenaläre unterschiedlicher Meinung sein, aber letztlich ist es Sache der Privatwirtschaft und der Aktionäre, wen sie im Verwaltungsrat und in der Geschäftsleitung haben wollen und wieviel ihnen diese Leute wert sind. Der Staat sollte hier keinesfalls eingreifen. Das einzige, was der Gesetzgeber tun kann, ist, die Aktionärsrechte zu stärken, indem Depotstimmrechte und andere fragwürdige Methoden zur Stimmensicherung (Wertschriftenleihe, Absprachen etc.) verboten werden.

Verteilung der Wertschöpfung

Wie präsentiert sich nun die Verteilung der Wertschöpfung der Schweizer Un-

ternehmen von 320 Mrd. Franken im Jahr 2005? An die Belegschaften gingen fast 146 Mrd. Franken, die Geschäftsleitungen und die Verwaltungsräte erhielten 1,6 Mrd. An die Fremdkapitalgeber gingen in Form von Zinszahlungen rund 88 Mrd., wobei 92% dieser Zinsen von den Banken an ihre Kundschaft bezahlt wurden. Aber auch Industrie und Handel bezahlten für ihre 260 Mrd. Franken Schulden den Fremdkapitalgebern im letzten Jahr fast 6 Mrd. Die Dividendenausschüttungen an die Risikokapitalgeber, ohne die ebenfalls substantiellen Nennwertrückzahlungen gerechnet, verzeichneten einen Zuwachs um 43% auf 22 Mrd. Franken, so dass in den Unternehmen zur Finanzierung der Expansion vom Gewinn noch 43 Mrd. verblieben.

Substantiell höhere Steuereinnahmen

Der Staat – wobei nicht zu vergessen ist, dass internationale Konzerne auch im Ausland Steuern bezahlen – vereinahmte um 22% höhere Steuern in Höhe von fast 19 Mrd. Franken. Es handelt sich dabei um die direkten Unternehmenssteuern. Nicht wenige Konzerne profitierten noch von steuerlich anrechenbaren Verlustvorträgen der jüngsten Krisenjahre. Deshalb entsprechen die Steuern nur rund 23% des Gewinns vor Steuern.

Wenn man aber die zusätzlichen Steuern berücksichtigt, die von den Löhnen (ca. 15 Mrd. Franken) sowie von den Zins- (ca. 20 Mrd.) und Dividendenerträgen (ca. 5 Mrd.) an den Staat oder an staatliche Sozialwerke gehen, dann stellt man fest, dass der Staat, selbst aufgrund dieser vorsichtigen Schätzungen, mit Gesamterträgen von mindestens 50 bis 60 Mrd. Franken am stärksten vom guten Geschäftsgang der Schweizer Grosskonzerne profitiert.

Und man wundert sich, warum hier niemand von «abzocken» spricht! •